

LEITARTIKEL

Ein bisschen Bodywurschtigkeit

Man kann zu Kate Moss ja stehen, wie man möchte, aber tief drinnen muss sich der eine oder andere vielleicht doch eingestehen, dass das Model im Jahr 2009 mit dem Satz „Nichts schmeckt so gut, wie sich dünn sein anfühlt“ zumindest ein bisschen recht hatte. Das sieht sie selbst inzwischen zwar anders, wie sie Jahre später in einem Interview verriet, Diversity und so. Alle so schön dick hier.

Aber angesichts der *Body-Positivity*-Bewegung (jeder Körper ist schön, sogar, wenn die jeweilige Person das selbst gar nicht so sieht) wird man das Gefühl nicht ganz los, dass hier wieder einmal der zeitgeistige Zwang seine Finger im Spiel hatte. Anders lässt sich kaum erklären, weshalb etwa eine andere sehr prominente Frau, und zwar die Sängerin Adele, einen Shitstorm erntete, als sie vor ein paar Jahren plötzlich etliche Kilos abgenommen hatte. Verraten fühlten sich offenbar einige, denen Adele zuvor als üppiges Vorbild galt.

Eigenartig sind beide Fälle, denn wieso sollte sich Kate Moss für den *heroin chic* der 1990er-Jahre schämen oder Adele dafür, dass sie mal mehr, mal weniger schlank durchs Leben geht? Über den jeweiligen Körper zu entscheiden, zu urteilen und ja – auch daran zu verzweifeln, steht niemandem zu, außer der Person, um die es geht. Doch seit einiger Zeit gibt es darüber hinaus einen Begriff, der die vermeintliche Diskriminierung aller dicken Körper bündeln und zum verachtenswerten Mantra der Gegenwart erklären will: Das sogenannte *Fatshaming*. Kürzlich war es Anja Reschke in ihrer ARD-Sendung „Reschke Fernsehen“, die sich des Themas annahm, und zwar auf eine in vielerlei Hinsicht eher groteske Art und Weise.

Zwar wird zuallererst auf die Risiken von starkem Übergewicht und Adipositas eingegangen (etwa erhöhtes Risiko für Herzkreislauferkrankungen, Herzinfarkte, Diabetes und Krebs), aber das eher als großer Disclaimer, um sich anschließend vollends auf die einzuschließen, die dicken Menschen angeblich das Leben zur Hölle machen. Und das sind, wie es aussieht, eh so ziemlich alle – außer Frau Reschke und die von ihr eingeladenen Gaststimmen.

So weit, so öffentlich-rechtlich, Spaß(befreiungs)versuche hinter moralisch vorgehaltener Hand eben. Doch angesichts der Tatsache, dass die Deutschen immer fetter werden – Corona-Booster inklusive – ist es schon ziemlich abenteuerlich, *Fatshaming* als das Problem in diesem Zusammenhang in den Vordergrund zu stellen. „Adipositas und zunehmende Übergewichtigkeit sind ein Problem, aber vor allem für die Betroffenen“, sagt Reschke zum Schluss, nachdem sie sich (zurecht) über die Ungenauigkeiten des Body-Mass-Index aufgeregt und (ebenso zu recht) der neuen Abnehmspritze die Allheilwirkung abgesprochen hat.

Im anschließend eingespielten Beitrag, in dem die Kabarettistin Teresa Reichl zu Wort kommt, lernt man dann, dass schon das Wort „übergewichtig“ ein Fettnäpfchen sei (ein echter Schmä, es geht doch), denn es suggeriere, dass es so etwas wie ein „Normalgewicht“ gebe. „Das

Die „Body Positivity“-Bewegung propagiert, dass jeder Körper schön ist. Nicht die dicken Menschen seien ein Problem, sondern „die Gesellschaft“ mit ihrem Schönheitsideal. Dabei kann heute jeder aussehen, wie er will



ANNA SCHNEIDER



JEDER, WIE ER WILL, UND DAS MUSS NIE SEIN, WAS ANDERE WOLLEN

Problem sind aber nicht die Worte dick und fett, das Problem ist die massive Fettfeindlichkeit in unserer Gesellschaft“, so Reichl. Interessant wird es, wenn man diesen Gedanken weiterführt. Vielleicht hätte Reschke in diesem Zusammenhang das neue Buch der Cornell-Professorin Kate Manne lesen sollen, einfach um mal zu sehen, wo man dabei am Ende so rauskommen kann. In „*Unshrinking – How to fight fatphobia*“ steht: „Nicht unser Körper ist das Problem, sondern die Welt.“ Und: „Die Welt müsste sich ändern, manchmal auf radikale Weise, um fetten Körpern gerecht zu werden und uns aktiv zu unterstützen.“ *Fatphobia* sei eine „verderbliche“ Form „struktureller Unterdrückung“, schreibt

Kate Manne. Statt gegen den eigenen dicken Körper müsse man gegen eine Gesellschaft ankämpfen, die das bestrafe – eine Schuldumkehr wie aus dem Bilderbuch.

Es geht beim *Fatshaming*-Vorwurf also in großen Teilen um die Weiterentwicklung eines Lieblingbegriffes aller Diskriminierungs-Afficionados: Was „strukturell“ ist, kann nicht individuell gelöst werden. Dabei stimmt es im Zusammenhang mit Fettleibigkeit ja sogar in gewisser Weise: Es ist das Problem der Welt (oder der jeweiligen Gesellschaft), wenn man etwa auf das sozialstaatliche Gesundheitswesen blickt. Aber Kate Manne geht noch einen Schritt weiter. Schönheitspflege gehört für sie auch abgeschafft, Diäten sowieso („Fuck beauty culture, along with diet culture“, schreibt sie), denn das System (der Schönheitsnormen) sei im Kern und in seiner Funktion ungerecht. Und natürlich ist es das. Es gibt keine Gerechtigkeit in einer freien Welt, zumindest nicht in dem Sinne, dass jedem alles, und somit allen das Gleiche zusteht. Mit der Schönheit ist es also ein bisschen so wie mit der Freiheit, beide schaffen Ungleichheit, und das wiederum schürt Missgunst: Was nicht jeder haben kann, soll niemand haben, so schnell landet man bei oben beschriebenem eher traurigen und im wahrsten Sinne unschönen Weltbild.

In Vergessenheit gerät dabei, dass Schönheit zwar freilich auch von gesellschaftlichen Normen abhängt. Vielleicht sollte man als Patron der Fettleibigen also doch eher auf diesen individualistischen Punkt fokussieren, was Manne bisweilen auch tut, wenn sie ihr Konzept der „*Body Reflexivity*“ darstellt. Es gehe darum, für wen man als Körper in der Welt existiere: Für sich selbst und für niemanden sonst. „Wir sind nicht dafür verantwortlich, anderen zu gefallen.“ Wer würde dem widersprechen? Denn es gilt freilich, was immer gilt: Jeder, wie er will, und das muss nie sein, was andere wollen. Das gilt allerdings in beide Richtungen, insofern geht es am Ende eher darum, dem Drang zu widerstehen, sich in den Übergriffkeitsreigen insbesondere vieler Influencer einzureihen, die sich auf Körper- und/oder Seelenstriptease spezialisiert haben – und zwar in aller ihnen möglichen Schambefreiheit.

Einerseits will man nicht von anderen bewertet werden, andererseits stellt man sein Innerstes und Äußeres ins Schaufenster, kann also offenbar doch nicht ohne die Reaktionen anderer leben, sonst offenbarte man wohl eher nicht jedes auch noch so intime Detail. Derlei Selbstverwirklichung ist keine, weil man kein Selbst mehr behält, das sich unabhängig von anderen verwirklichen ließe. Noch unangenehmer wird es nur, wenn diese Selbstentblößung mit dem moralisch unabdingbaren Anspruch einhergeht, der Zuseher (oder der Zugespannte, immer sucht man es sich ja wirklich nicht aus) möge sich nicht nur den vorgetragenen Gedanken, sondern eben auch dem jeweils vor die Nase gestellten Körper beugen. Klar hat jeder das Recht, fett zu sein, aber niemand hat den Anspruch, dass das auch beklatscht oder gar aktiv gefördert wird.

Es ist eh schwer, mit dem Kollektiv und seinen Zwängen klarzukommen, aber dieses Leid beschränkt sich nicht auf „mehrgewichtige“ Personen – auch wenn natürlich jede Opfergruppe glaubt, sie sei bestimmt die allerärmste. Insofern wäre es nebst *Body Positivity* und *Body Reflexivity* (und *Body Neutrality*, aber das sparen wir uns für heute) doch einmal Zeit für etwas ganz Neues. Nennen wir es *Bodywurschtigkeit*, die käme zumindest in der Theorie ganz ohne Selbststellung um jeden Preis aus, wenn man ihr Credo folgendermaßen formuliert: Sei so fett, wie du willst, sei so schirch, wie du willst, sei Kate Moss, wenn du willst. Aber sei halt einfach kein Opfer.

anna.schneider@welt.de

KOMMENTAR

Gefälliger Antifaschismus



HENRYK M. BRODER

Jan Böhmermann, Host und Moderator des „ZDF Magazin Royale“, beendete seine letzte Sendung mit den Worten: „Liebe 3sat-Zuschauerinnen, bitte nicht vergessen, nicht immer die Nazi-Keule rausholen, sondern vielleicht einfach mal ein paar Nazis keulen. Tschüss, bis nächste Woche.“ Worauf ein kräftiges Gelächter erklang – aus dem Studiopublikum oder eingespielt vom Band oder einer Mischung aus beidem. Es war die Schlusspointe einer Sendung, in der es um „Nazis“ ging, vor allem in der österreichischen FPÖ und ein wenig auch in der deutschen AfD.

Seine Empfehlung, „einfach mal ein paar Nazis (zu) keulen“, bewegte sich im Grenzbereich zwischen KZ-Humor und Veterinärmedizin. „Keulen“, ein Zeitwort aus der Kategorie der „schwachen Verben“, bedeutet: „Nutztiere töten, um Tierseuchen zu verhindern oder einzudämmen.“ Die Idee des Keulens auf Menschen zu übertragen, könnte auch als eine Maßnahme gegen „lebensunwertes Leben“ verstanden werden. Ob es Böhmermann bewusst war, wie dünn das Eis ist, auf dem er sich bewegt, oder ob das „Es“ in ihm laut gedacht hat, macht keinen Unterschied. In jedem Fall hat er kräftig aus dem Nazi-Pass geschöpft, in das er nun andere zu tunken versucht. Entsprechend der Losung, „Nie wieder ist jetzt!“ soll die Machtergreifung von 1933 hier und heute verhindert werden.

LESERBRIEFE

Digitalisierung

Zu: „Die Bildungskrise lösen wir nicht durch Tablets allein“ vom 9. Februar

Eltern sollten ein Vorbild für die Kinder sein und die gemeinsame Zeit mit ihnen durch Spielen, Lesen, Vorlesen und Bewegung in frischer Luft verbringen. Vor dem Hintergrund erwähnter Nachteile fragt man sich, ob ein Handyverbot in Schulen letztlich etwas bringt. Ich glaube nicht. Man sollte lieber über einen Kompromiss nachdenken und versuchen, analoge und digitale Lern- und Lehrmethoden miteinander zu verbinden. Schule hat schließlich die Aufgabe, auf die Lebenswirklichkeit vorzubereiten. In Zeiten digitaler Revolution sollte sie daher auch über Vor- und Nachteile der Nutzung von Computer & Co aufklären. Nicht zuletzt muss gewährleistet werden, dass den Kindern vor allem die Basiskompetenzen im Lesen, Schreiben und Rechnen vermittelt werden. Zur Behebung der Bildungskrise ist es ferner erforderlich, dass Migranten ohne Deutschkenntnisse erst dann in Regelklassen integriert werden,

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin, E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

Dass die echten Nazis von damals längst ausgestorben sind, dass deren Nachkommen das Fundament eines diversen, toleranten, weltoffenen und nonbinären Deutschlands bilden, dass die Wehrpflicht praktisch abgeschafft, die Ehe für alle eingeführt und der Klimaschutz zur Staatsdoktrin erhoben wurde – die Freude am Nazijagen wird durch solche Kleinigkeiten nicht gemindert. Denn: Die Nazis sind nicht weg, sie werden nur neu definiert. Nazi ist, wer auf die Nachteile der Zuwanderung hinweist, den Sinn der Energiewende in Frage stellt und einen SUV mit Dieselantrieb fährt. Um sich als Antifaschist zu qualifizieren, reicht es dagegen, eine Halskette oder ein Armband mit dem Kürzel „FKAFD“ zu tragen. Wer sich noch stärker „gegen Nazis“ engagieren will, nimmt an einer Menschenkette rund um das bedrohte Regierungsviertel teil. Böhmermann wird vermutlich behaupten, wenn er es nicht bereits getan hat, sein Vorschlag, Nazis zu keulen, sei „satirisch“ gemeint gewesen. Und Satire dürfe bekanntlich alles. Das wäre eine vertretbare Position, nur würde sie dazu führen, dass auch „Der Stürmer“ rückwirkend als Satiremagazin anerkannt werden müsste.

Außerdem: Böhmermann ist kein Satiriker, er ist ein politischer Influencer. Ein denunziatorischer Hinweis von ihm, und die Innenministerin entlässt einen Behördenleiter, den Böhmermann verdächtigt hatte, über einen deutschen Lobbyverein in Verbindung mit russischen Geheimdiensten zu stehen. Das ist gelebter Antifaschismus, Made by Böhmermann & Friends.

forum@welt.de

wenn sie über die hierfür erforderlichen Sprachkenntnisse verfügen.

GABRIELE GOTTBATH, GLADBECK

Alte Väter

Zu: „Sie nennen mich Opa“ vom 15. Februar

Ja, es ist ein großes Geschenk, mit 60+ noch einmal ein Kind beim Aufwachsen begleiten zu dürfen. Und ja, ich wüsste für mich keine überzeugendere Antwort auf die Sinnfrage dieses Altersabschnitts als diese. Aber alles hat auch seinen Preis. Hier: das „Nicht-dazu-gelören“. In der eigenen Altersgruppe und in meinem Fall auch in der eigenen Familie wird gefremdelt. Auch in der Altersgruppe des Kindes bestehen bei den dortigen Eltern oft Vorbehalte. Man gehört eben doch zur Opa-Generation. Aber sei's drum. Wer in meinem Alter ein fröhlich „Papa“ jauchzendes Kind mit seinen Armen aufgefangen hat, weiß, dass der erstaunte Blick der anderen Spielplatzeltern für vieles entschädigt.

CHRISTOPH JOSCHKO, HAMBURG

GASTKOMMENTAR

Bürgerrechte sind keine Verfügungsmasse

Eigentlich bin ich inzwischen daran gewöhnt, beim morgendlichen Zeitunglesen kurz die Fassung zu verlieren und verzweifelt nach einer Antwort auf die Frage zu suchen: Warum machen die das? Warum jagen sie die Leute mit diesem Heizungsgesetz auf die Barrikade? Warum sägen sie am Fundament der deutschen Sprache, obwohl drei Viertel der Menschen das nicht wollen? Warum lassen sie Hunderttausende Migranten ins Land, obwohl schon jetzt die Landräte verzweifeln, weil Wohnungen, Schulen und Kindergärten fehlen? Warum schmeißen sie so lange mit dem Wort Nazi um sich, bis sich niemand mehr davon getroffen fühlt?

Es wurde über all diese Fragen viel Vernünftiges geschrieben und gesprochen, ohne Erfolg, sodass ich es für überflüssig hielt, meine Meinung noch hinzuzufügen. Bis jetzt, bis zu Nancy Faesers geplantem Anschlag auf den Rechtsstaat. Den Anlass bietet ihr das zu einer Wannseekonferenz skandalisierte Treffen einiger rechter Personen, darunter auch Mitglieder der AfD, denen der identitäre Martin Sellner sein Buch über die mögliche Remigration unberechtigter und krimineller Migranten vorstellte.

Dem ursprünglich sachlichen Begriff „Remigration“ wird das Wort Deportation untergejubelt, „Remigration“ wird nachträglich zum Unwort des Jahres 2023 erklärt, die Machtüber-



MONIKA MARON

nahme der AfD, also der Nachfahren Hitlers in Faesers Augen, wird an die Wand gemalt, und Millionen Menschen versammeln sich empört auf Deutschlands Straßen, um mit ihrer Regierung an der Spitze gegen „Rechts“ zu kämpfen. Und Nancy Faeser, die es nach ihrer grandiosen Wahlniederlage in Hessen vorzog, Ministerin in Berlin zu bleiben, ergriff die Chance, ihren „Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ aus dem Jahr 2022 zu dem Maßnahmenpaket „Rechtsextremismus entschlossen bekämpfen“ zu verschärfen. Das Vorhaben präsentierte sie gemeinsam mit dem Verfassungsschutzpräsidenten Thomas Haldenwang, dessen Aufgabe es ist, wie sein Titel besagt, die Verfassung zu schützen, in deren Artikel 5 es heißt: Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten.

Die Präsentation des Duos Faeser/Haldenwang hinterlässt Fragen: Wer ist ein Rechtsextremist und wer entscheidet darüber? Müssen sich die Innenministerin und der Präsident

des Verfassungsschutzes an die Verfassung halten? Legitimiert der Kampf gegen Rechtsextremismus die Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien? Denn sowohl die Missachtung der Verfassung, als auch die Beugung des Rechtsstaats lassen die Pläne von Frau Faeser befürchten.

So verkündete sie auf der Pressekonferenz: „Ich möchte rechtsextremistische Netzwerke genauso behandeln wie Gruppierungen der Organisierten Kriminalität.“ Zu den Rechtsextremisten gehören für Nancy Faeser ausnahmslos alle Teilnehmer der Potsdamer Veranstaltung, erhebliche Teile der AfD, auch die sogenannte Neue Rechte, von der niemand genau weiß, wer oder was dazu gehören soll.

Konten von rechtsextremistischen Verdächtigen dürfen nach Spenden an rechtsextremistische verdächtige Vereinigungen und Publikationen ausspioniert werden. Wer also der AfD spendet, einer immerhin legalen Partei, ist schon so verdächtig wie ein Mitglied des Abou-Chaker-Clans.

„Wir wollen rechtsextremistische Netzwerke zerschlagen, ihnen ihre Einnahmen entziehen und ihre Waffen“, sagt Nancy Faeser. Und Thomas Haldenwang erklärt, nicht nur auf die Gewaltbereitschaft komme es an, sondern auch auf „verbale und mentale Grenzverschiebungen“, nicht strafrechtliche Rele-

vanz sei entscheidend, sondern die Staatswohlgefährdung reiche aus, um in Faesers Kampflinie zu geraten.

Nicht auf die Tat soll es in Zukunft ankommen, sondern auf das „Potenzial zur Tat“. Und wem sich die schwammigen Begriffe wie „mentale Grenzverschiebung“ und „Staatswohlgefährdung“ andichten lassen, entscheiden Haldenwang und seine Chefin Nancy Faeser, die offenbar glauben, so die AfD-Anhänger zu verschrecken.

Es ist gleichgültig, ob man die AfD wählt oder sie verabscheut. Sie ist eine legale Partei, in fast allen Landesparlamenten und im Bundestag vertreten, die laut Umfragen 20 Prozent der Bürger wählen wollen, im Osten ein Drittel aller Wähler. Die Meinung dieser Menschen zu kriminalisieren, kann nicht im Sinn des Grundgesetzes sein. Es ist die Delegitimierung der Bürger, die der Erfinder der „verfassungsschutzrelevanten Delegitimierung des Staates“ und seine Ministerin hier propagieren.

Man bekämpft die Unzufriedenheit seiner Wähler nicht, indem man sie bespitzelt und drangsaliert, und man ändert Meinungen nicht, indem man sie verbietet, auch nicht, indem man zu Hunderttausenden gegen „Rechts“ demonstriert und behauptet „Wir sind mehr“, obwohl Dreiviertel der Bürger mit der Regierung unzufrieden sind.

Als ich die Offenbarungen von Nancy Faeser gelesen habe, war ich fassungslos. Eine Innenministerin, die Demokratie und Rechtsstaat im Munde und dabei ad absurdum führt, die Bürgerrechte offenbar für eine Verfügungsmasse hält, die sie nach Belieben kneten kann? Ich stellte mir vor, wonach sie in ihrer Maßlosigkeit noch greifen könnte, nach alternativen Publikationen und Blogs, nach Gesprächs- und Lesekreisen, hinter denen sie verdächtiges Gedankengut (auch so ein Wort) wittert, und auf die sie die schon existierenden und mit dem „Demokratiefördergesetz“ noch zu gründenden NGOs ansetzen könnte, denen man sowieso das N streichen sollte, weil sie von der Regierung bezahlt werden. Und ich fragte mich, ob Nancy Faeser nicht daran gedacht hat, dass ihre Gesetze, falls die nicht in ihrem Sinne wirkten, sondern der AfD erst recht Zulauf und den Wahlsieg bescheren könnten, dass ihre Gesetze dann aber in der Welt wären und sich gegen alles richten könnten, was sie zu verteidigen glaubte.

Der Rechtsstaat ist die Garantie für die Demokratie. Man kann die Demokratie nicht verteidigen, indem man am Rechtsstaat rüttelt.

Monika Maron, geboren 1941, ist Schriftstellerin und lebte bis 1988 in der DDR, in der ihre Romane nicht erscheinen durften. Ihr Werk wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet.